

KOMMENTAR

Wer den Ton angibt

Das die durch die Reaktor-katastrophe von Fukushima initiierte Energiewende in Deutschland nur schleppend - wenn überhaupt - vorankommt, ist kein Geheimnis. Daran wird sich wohl auch so bald nichts ändern, was womöglich daran liegt, dass die geplanten Projekte nicht genügend durchdacht sind.

So wurde die Öffentlichkeit zwar im Spätherbst 2012 darüber informiert, dass insgesamt drei noch zu bauende Stromtrassen mit über 2 000 Kilometern Länge die in der Nordsee erzeugte Windenergie bis ins tiefste Bayern transportieren sollen.

Dass solche Projekte wegen der Vielzahl an Bürgerinitiativen, deren Gründung sie provozieren werden, wohl über Jahrzehnte nicht umsetzbar sind, liegt auf der Hand. Andererseits liegt es im Interesse der großen Stromversorger in Deutschland, ihre in der Nordsee erzeugte Energie auch zu verkaufen. Weil es viel zu wenig Speicherkapazität für Strom gibt, sollen eben diese gigantomanischen Leitungstrassen gebaut werden.

Im Gegensatz zu diesem Monster-Projekt steht die Idee der dezentralen Versorgung der Bevölkerung mit Energie. Kleine Einheiten, wie etwa Landkreise, könnten es durchaus schaffen, ihren Bedarf mit regional erzeugter Energie zu decken (siehe nebenstehenden Artikel).

Das würde auch zur verbesserten Wertschöpfung in der Region beitragen und zudem auf wesentlich geringeren Widerstand in der Bevölkerung stoßen, zumal, wenn man die Leute am Gewinn beteiligt.

Warum also wird es nicht so gemacht? Weil dann die großen Energieversorger kein Geschäft mehr machen würden. Und leider hat es noch keine Bundesregierung je geschafft, sich gegen solch massive Interessen durchzusetzen.

Da kann es so viele Fukushimas geben, wie es will.

Thomas Hossfeld

Gut ein Jahr nach der Gründung steht die Umsetzung des ersten Energieprojektes an

BERR kommt auch ohne KERL in die Gänge

Photovoltaikanlage auf Hochbehälter-Dächern – Windenergieanlage soll gebaut werden

Landkreis. Während die für die gesamte Republik vollmundig angekündigte Energiewende vielerorts im Schockzustand erstarrt ist, weil im März 2012 die Zuschüsse über das Erneuerbare Energien Gesetz zurückgefahren worden sind, macht die Bürger Energie Region Regensburg eG (BERR) Nägel mit Köpfen. Zwar hat es seit der Gründung am 31. Januar 2012 gut ein Jahr gedauert, bis das erste Projekt realisiert werden konnte, das zudem mit einer Investitionssumme von rund 35 000 Euro eher klein daherkommt. Aber, wie Vorsitzender Rainer Hummel im Gespräch mit der Donau-Post ankündigt: Es werde derzeit über den Kauf einer Windenergieanlage (WEA) für eine zweistellige Millionensumme verhandelt.

Fukushima und seine Folgen: Die Reaktorkatastrophe in Japan vor knapp zwei Jahren hat unter anderem dazu geführt, dass sich Deutschland schrittweise von der Atomenergie verabschiedet. Um diesen Ausfall zu kompensieren, müssen andere Energieträger her. Der Landkreis Regensburg hat im Winter 2011 reagiert und die Kommunale Energie Regensburger Land (KERL) gegründet, die aus den 41 Landkreisbürgermeistern und Landrat Herbert Mirbeth sowie drei Mitgliedern der BERR besteht. Ihre Aufgabe sollte es sein, vor allem über die Zurverfügungstellung landkreiseigener Dachflächen Möglichkeiten zur Einrichtung von Photovoltaikanlagen zu bieten. Bauen und betreiben sollte diese Anlagen dann die im Januar 2012 gegründete BERR.

Stillstand bei KERL

Weil der Bundestag aber im März 2012 die bis dahin recht üppigen Zuschüsse aus dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) merklich reduziert hat, sei der KERL die Geschäftsgrundlage entzogen worden, hatte Landrat Herbert Mirbeth bei der Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Herbst mitgeteilt. Die Folge war Stillstand, weil die KERL ausschließlich auf Photovoltaik fokussiert war. Zwar hat man bei der Kreistagssitzung am 17. Dezember beschlossen, dass BERR auch ohne die zwischengeschaltete KERL Dachflächen pachten können sollte und dass sich KERL auch auf andere regenerative Energieträger konzentrieren sollte. Passiert ist bislang aber nichts.

Das bedauert auch der Vorsitzende von BERR, Rainer Hummel.



Auf den Dächern dieser beiden Hochbehälter des Wasserzweckverbandes Naab-Donau-Regen zwischen Hainsacker und Baiern wird BERR, die Bürger Energie Region Regensburg, noch im ersten Quartal 2013 ihr erstes Photovoltaikprojekt - und damit das erste Projekt überhaupt seit der Gründung der BERR vor einem Jahr - verwirklichen. Die Leistung der 35 000-Euro-Investition soll bei 29 kWp liegen.

„KERL und BERR wären eine ideale Kombination gewesen, es hat aber leider nicht geklappt“, stellt er fest. Er hätte sich die Zusammenarbeit so vorgestellt, wie es im Landkreis Neumarkt bereits funktioniere. Dort gebe es die Regina GmbH des Landkreises, die alle Projekte durchplane und quasi schlüsselfertig für die Investoren zur Verfügung stelle. „So etwas wollten wir auch“, sagt Hummel.

Auf eigene Füße gestellt

Bereits im Juni/Juli 2012 sei dann klar gewesen, wie hoch die Vergütung durch das EEG pro Kilowattstunde (kWh) in Zukunft sein würde, nämlich 16 bis 17 Cent bei einer monatlichen Absenkung von zwei Prozent. „Das hat uns wieder die Planungssicherheit gegeben, die nötig ist, um zu investieren“, erklärt der Vorsitzende. BERR habe sich dann auf eigene Füße gestellt und ab dem Sommer habe man sich auf die Suche nach Projekten gemacht und zwar nicht nur Photovoltaik, sondern auch Windkraft und Biomasse. In einem Ausschuss, der extra dafür bei BERR gegründet worden sei, habe man auch innovative Projekte wie etwa Strombojen angedacht (Bojen werden ins Wasser gehängt, das durch sie strömt und so über Turbinen Energie erzeugt).

„Zu 99 Prozent sicher“

Nun soll noch im ersten Quartal 2013 das erste Projekt von BERR verwirklicht werden. Nach gewissen Anfangsschwierigkeiten bei einem zuvor geplanten Projekt (der

Solarzellen-Anbieter war insolvent gegangen) ist Hummel zwar vorsichtiger geworden, was Prognosen angeht. Dennoch ist er sich „zu 99 Prozent“ sicher, dass es diesmal klappt. Auf den Dächern zweier Hochbehälter des Wasserzweckverbandes Naab-Donau-Regen, die zwischen Hainsacker und Baiern am Waldrand stehen, soll für rund 35 000 Euro eine Photovoltaikanlage mit rund 29 kWp Leistung entstehen.

Eigenkapital aufstocken

Die BERR verfüge derzeit über Eigenmittel von rund 500 000 Euro, berichtet Hummel. Die etwa 200 Mitglieder haben dafür Anteile zu je 500 Euro gezeichnet. Für Investitionen bis 100 000 Euro muss der Vorstand nicht die Zustimmung des zwölfköpfigen Aufsichtsrates einholen, darüber schon. Der Aufsichtsrat hat daher das zweite Projekt bereits abgesegnet, das um eine Dimension größer ausfallen wird: In Zusammenarbeit mit der Jur Energie aus dem Landkreis Neumarkt will BERR für einen zweistelligen Millionenbetrag eine WEA erwerben.

Konkret gehe es um die Anlage Brentenberg 2 bei Beratzhausen, so der Vorsitzende. „Weil wir dafür unser Eigenkapital auf 1,5 bis zwei Millionen Euro aufstocken müssen, werden wir in Kürze eine Werbekampagne starten“, kündigt Hummel an. Dazu sollen Infoveranstaltungen über die WEA sowie über Beteiligungsmöglichkeiten und Rendite angeboten werden. Laut BERR-Satzung können einzelne Investoren maximal 200 Anteile zu



500 Euro erwerben, die Rendite liege etwa bei drei bis vier Prozent, sagt Hummel.

„Brutal viel Arbeit“

Ein weiteres Vorhaben gehe derzeit in die Projektierung: Im westlichen Landkreis sei BERR eine Fläche angeboten worden, auf der man Freiflächen-Photovoltaik in der Größenordnung von einem Megawatt errichten könnte. Zudem habe man aus dem Kreis des Aufsichtsrates Paten bestimmt, die sich um öffentliche Dächer kümmern sollen - was ursprünglich Aufgabe der KERL gewesen wäre. Sobald alle diese Maßnahmen dazu führen, dass Gewinne fließen, werde ein Geschäftsführer eingestellt, kündigt der Vorsitzende an. Es sei nämlich „brutal viel Arbeit“, die er derzeit alleine machen müsse, zusätzlich zum Beruf (Umweltbeauftragter des Autozulieferers Lüssle in Teublitz) und zu seinem Ehrenamt (Hummel ist Kreisvorsitzender der SPD). Auch, wenn es gut gewesen wäre, hätte es denn geklappt: „BERR braucht KERL nicht“, sagt ein selbstbewusster Vorsitzender. „Wir sind auch so in die Gänge gekommen.“ Langfristiges Ziel von BERR sei es, die eigenen Mitglieder mit regional selbst erzeugtem Strom zu versorgen und den Rest zu vermarkten: „Dann braucht es auch keine EEG-Zuschüsse mehr“, freut sich Hummel, der in dieser dezentralen Energieversorgung in kleinen Einheiten eindeutig mehr die Zukunft sieht, als in Stromautobahnen, auf denen Nordsee-Strom in den Süden der Republik transportiert werden muss.